

## Albanien, Bulgarien, Rumänien, ehemaliges Jugoslawien

FRANZ-LOTHAR ALTMANN

Das Jahr 1995 kann in mehrfacher Hinsicht für die Balkanländer als ein Wendepunkt bezeichnet werden. Am deutlichsten trifft dies für den Konflikt in Bosnien zu, wo das Eingreifen der NATO und die gleichzeitige Distanzierung Belgrads von der früheren Vorstellung eines Großserbien die Bedingungen für die Friedensgespräche von Dayton schufen. Zum anderen haben sich in den zwischenstaatlichen Beziehungen auf dem Balkan ebenfalls substantielle, positive Entwicklungen ergeben, die v.a. bei den Verhältnissen Albanien-Griechenland und Griechenland-ehemalige jugoslawische Teilrepublik Makedonien zu deutlichen Entspannungen führten. Hinzu kam die Konsolidierung und sogar leichte Besserung der wirtschaftlichen Lage in einigen der südosteuropäischen Länder, wobei den Verantwortlichen jetzt bewußt ist, daß eine Fortsetzung der Stabilisierung nur über eine stärkere Einbindung ihrer Volkswirtschaften in die internationale Arbeitsteilung erfolgen kann. Auch in der Außenpolitik zeigte sich die Zweigleisigkeit der Bemühungen. Neue Versuche zu einer Verbesserung der intraregionalen Zusammenarbeit nicht nur im Bereich der Wirtschaft, sondern auch in Fragen der Sicherheitspolitik, der Verbesserung der Infrastruktur und des Umweltschutzes stellen die notwendige Folge der Einsicht dar, daß eine schnelle Aufnahme in die Europäische Union immer unwahrscheinlicher wird. Eine realistischere Einstellung der Erfolgsaussichten hinsichtlich einer EU-Mitgliedschaft und eines NATO-Beitritts sollten die Bemühungen zu einer Intensivierung der intraregionalen Zusammenarbeit stärken.

### *Albanien*

Die wirtschaftliche Erholung des Landes setzte sich fort, obwohl zu Beginn des Jahres 1995, nicht zuletzt auf Empfehlung des IMF, empfindliche Preiserhöhungen beschlossen worden waren. Trotzdem bedarf Albaniens Wirtschaft dringend weiterer Unterstützung aus dem Ausland, insbesondere um wichtige Infrastrukturvorhaben durchzuführen. Die Europäische Entwicklungsbank beispielsweise plant die Sanierung der Wasserkraftwerke am Oberlauf des Drin mit einem Kostenaufwand von ca. 100 Mio. DM, und im Oktober wurden 212 Mio. ECU im Rahmen des PHARE-Programms der EU genehmigt, darunter alleine 72 Mio. ECU für die Verbesserung der Verkehrsverbindungen nach Italien und Griechenland. Ein wichtiger Schritt war der im Frühjahr erfolgte weitgehende Schuldenerlaß für Albanien im Rahmen eines Umschuldungsabkommens mit westlichen Geschäftsbanken<sup>1</sup>. Dieses Abkommen stellte einen wichtigen Neuanfang in Tiranas Beziehungen mit der internationalen Bankenwelt dar, weil das Nichtbedienen der alten Schulden den

Zufluß neuer Gelder und dringend benötigter ausländischer Investitionen erheblich erschwert hatte.

Nicht besonders förderlich für Albanien stellt sich die Tatsache, daß das Land mit keinem seiner beiden direkten EU-Nachbarn (Italien und Griechenland) historisch gewachsene positive Beziehungen hat, sich heute in seinen EU-Annäherungsversuchen aber gerade auf diese beiden Länder stützen muß. Vorsichtig gestalteten sich 1995 die Versuche einer Bereinigung der stark belasteten Beziehungen zum südlichen EU-Nachbarn Griechenland. Nach dem Besuch des griechischen Außenministers Papoulias Mitte März in Tirana wurden in einer Reihe von Fragen Klärungen erreicht, im Juli sogar eine Vereinbarung über militärische Zusammenarbeit unterzeichnet<sup>2</sup>. Das verbesserte Verhältnis zu Griechenland war für Albanien vor allem wegen seiner beabsichtigten Mitgliedschaft im Europarat von Bedeutung, die das Land am 12.7.1995 als 36. europäischer Staat erhielt. Bereits im Mai hatte Albanien mit 40 Soldaten an Fünf-Nationen-Manövern („Spirit 95“) im Rahmen des NATO-Programms 'Partnerschaft für den Frieden' in Südgriechenland teilgenommen. Dies war das erste Mal, daß albanische Soldaten außerhalb des Landes an Manövern teilnahmen.

Die Intensivierung der Beziehungen mit dem Ausland war auch durch eine regere Reisetätigkeit erkennbar. So besuchten u.a. der bundesdeutsche Präsident Herzog bereits Anfang März Albanien, es folgten der Österreichische Präsident Klestil im Mai und der türkische Präsident Demirel Mitte Juli. Albanien's Präsident Sali Berisha besuchte u.a. Italien und Deutschland. Während seines Italienbesuchs sicherte Berisha zu, daß Tirana die weitere illegale Zuwanderung von Albanern nach Italien unterbinden werde, worauf die Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages sowie militärische und wirtschaftliche Abkommen erfolgen konnten<sup>3</sup>. In Deutschland wurde dem albanischen Staatspräsidenten weitere Hilfestellung für die Integrationsbemühungen zugesichert, insbesondere in Richtung eines Assoziierungsabkommens mit der EU.

### *Bulgarien*

Fast gleichzeitig mit dem Antritt der neuen Regierung Videnov am 25.1.1995 trat das Europäische Assoziierungsabkommen mit Bulgarien in Kraft (1. Februar). Im Mai fand in Brüssel die erste Sitzung des Assoziierungsrates Bulgarien-EU statt. Auch für Bulgarien ist der westeuropäische Markt von primärer Bedeutung, doch spielen gleichzeitig die Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland wegen der fast totalen Abhängigkeit im Energiebereich eine wichtige Rolle. Die neue sozialistische Regierung versuchte daher von Beginn an beide Karten zu spielen, was allerdings zu Irritationen führen mußte, als es um die Frage der NATO-Mitgliedschaft ging. Dies war vor allem der Fall, als der stellvertretende Ministerpräsident Rumen Gencev auf einer Pressekonferenz in Moskau am 26. Juni äußerte, daß das Land die benötigten 20 Mrd. US-\$ für die Anpassung seiner Armee an NATO-Standards nicht aufbringen könne und daher seine traditionellen Beziehungen zum russischen

Militärkomplex wiederbeleben müsse. Kurz zuvor hatte allerdings Staatspräsident Želez nach einem Besuch des russischen Ministerpräsidenten Černomyrdin in Sofia klargestellt, daß nach wie vor das wichtigste Ziel der Außenpolitik Bulgariens die Einbindung in die euro-atlantischen Strukturen sei. Die Regierung Videnov hat seither tunlichst vermieden, einen endgültigen Standpunkt zur NATO-Erweiterung zu äußern<sup>4</sup>. Ärger hatte andererseits in Sofia die Entscheidung der EU verursacht, Bulgarien (wie übrigens auch Rumänien) auf die schwarze Liste der Länder zu setzen, deren Bürger wegen Sicherheits- und Immigrationsbedenken Visa für die Einreise in EU-Länder beantragen müssen. Justizminister Červenjakov erklärte dies als widersprüchlich zum Assoziationsstatus seines Landes<sup>5</sup>.

Neben dem Wiederbeleben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Rußland, das sich insbesondere in der Unterzeichnung von 16 Vereinbarungen zur wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit anläßlich des Besuches Černomyrdins zeigte, versucht Bulgarien sowohl mit seinen südlichen Nachbarn Türkei und Griechenland als auch vor allem mit dem übrigen Westeuropa die Wirtschaftsbeziehungen zu intensivieren. Ein wichtiger Schritt war im August die Ankündigung von Schuldentrückzahlungen<sup>6</sup>, ähnlich wie im Falle Albanien eine wichtige Voraussetzung für die Bereitschaft westlicher Banken und Regierungen, sich im Land neu zu engagieren. Anfang September wurde sodann eine gemeinsame parlamentarische Kommission der EU und Bulgariens ins Leben gerufen, die die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen in eine intensivere Phase bringen soll. Bereits im Frühjahr waren auf bulgarischer Seite eine Reihe von Gremien (Regierungskomitee und Koordinierungskommission für Europäische Integration, Experten- und Arbeitsgruppen, Sekretariat für Europäische Integration) geschaffen worden, die die Ernsthaftigkeit der bulgarischen EU-Absichten belegen sollen.

### *Rumänien*

Nachdem zum 1.2.1995 das Europäische Assoziierungsabkommen mit Rumänien in Kraft getreten war und das erste Treffen des Assoziierungsrates im April stattgefunden hatte, stellte das Land bereits am 22. Juni als drittes assoziiertes Land einen förmlichen Antrag auf die Aufnahme in die EU. Wie in Bulgarien wurden eine Reihe von Komitees und Arbeitsgruppen gebildet, die die Umsetzung des Europaabkommens und eine Strategie zur Durchführung des EU-Beitritts erarbeiten sollen. Ebenso wie in Bulgarien wurde auch eine gemeinsame parlamentarische Kommission von Rumänien und der EU gebildet. Mitte Juli traf der rumänische Außenminister Meleşcanu seine französischen und deutschen Kollegen de Charette und Kinkel in Paris zu Konsultationen über eine Vertiefung der Zusammenarbeit. Die gemeinsame Erklärung unterstrich Frankreichs und Deutschlands Unterstützung einer engeren Einbindung Rumäniens in die europäischen und transatlantischen Sicherheitsstrukturen. Frankreichs Außenminister machte dabei klar, daß es verfrüht sei, über einen Zeitpunkt für Rumäniens EU-Mitgliedschaft zu sprechen und fügte hinzu, daß die Grundvoraussetzungen für diese eine beschleunigte Wirt-

schaftsreform, die Privatisierung und die Entwicklung einer Marktwirtschaft seien. Ebenso wurde der Wunsch nach einer baldigen Übereinkunft zwischen Rumänien und Ungarn über die Minderheitenrechte geäußert<sup>7</sup>.

Wie notwendig die Europäische Union für Rumänien mittlerweile geworden ist, zeigt die starke Westorientierung seines Außenhandels: 1995 waren knapp 52% des Handelsumsatzes mit EU-Ländern erfolgt. Wie Bulgarien versucht allerdings auch Rumänien, seine früheren engen wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland wiederherzustellen, wobei Rußland vor allem bereit ist, die militärischen Lieferungen an Rumänien wieder aufzunehmen. Auch die Möglichkeit der Gründung einer gemischten russisch-rumänischen Bank wird derzeit erörtert<sup>8</sup>. Andererseits konnte Rumänien jedoch gegen Jahresende 1995 eine Reihe von Abkommen unterzeichnen, die den Zustrom von ausländischen Finanzmitteln spürbar erweitern werden. Zum einen handelt es sich dabei um die Verlängerung des bereits 1994 unterzeichneten Standby-Abkommens des IWF und die Freigabe eines Strukturanpassungskredits der Weltbank, zum anderen erhält Rumänien auch weiter Kredite von der EU. Anfang Dezember 1995 hat die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung den Kreditrahmen für Energieprojekte erweitert, weitere PHARE-Gelder sollen in die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen fließen, ebenso ist die Stützung der Entwicklung der rumänischen Landwirtschaft aus EBWE-Geldern geplant<sup>9</sup>.

Mitte September fanden fünftägige NATO-Übungen unter Beteiligung von Partnerschaft-für-Frieden-Ländern in Siebenbürgen statt, die ersten dieser Art in Rumänien.

### *Ehemaliges Jugoslawien*

#### BOSNIEN-HERZEGOWINA

Während die erste Hälfte des Jahres 1995 noch durch den Fortgang der ethnischen Säuberungen vor allem seitens der bosnischen Serben geprägt war, die von der Blockadepolitik der Serben gegen UN-Hilfskonvois und Angriffen auf die erklärten UN-Schutzzonen begleitet waren, ist ab Mitte des Jahres eine grundsätzliche Wende in der westlichen Politik zu erkennen. Während bislang humanitäre Hilfe und wiederholte Versuche der Initiierung von Waffenstillstandsabkommen die einzigen Mittel westlicher Politik im Bosnien-Konflikt waren, setzte sich nunmehr nach dem Tod von französischen Blauhelmen und der Erstürmung von UN-Waffendepots durch bosnische Serben, nach der Sperrung des Flughafens von Sarajevo für die Landung der Bosnien-Kontakt-Gruppe ebenfalls durch die serbische Kriegspartei und nach der Geiselnahme von UN-Blauhelmen die Erkenntnis durch, daß richtige Aktionen angebracht waren. Anfang Juni wurde die Bildung einer schnellen Eingreiftruppe beschlossen, Ende desselben Monats beschloß der Deutsche Bundestag den Einsatz deutscher Soldaten zum Schutz und zur Unterstützung derselben. Bereits einen Monat vorher war der bosnische Außenminister Ljubijankić durch einen Hubschrauberabschuß ums Leben gekommen. Die Bemühungen des

neuen Außenministers Muhamed Sačirbey zielten nunmehr darauf ab, nach der Stationierung von Einheiten der schnellen Eingreiftruppe militärische Schläge der NATO gegen die bosnischen Belagerer von Sarajevo und den noch verbliebenen UN-Schutzzonen zu erreichen.

Am 30. August erfolgten schließlich heftige NATO-Luftangriffe auf serbische Stellungen, die prompt von Moskau kritisiert wurden. Sie wurden bis zum 14. September weitergeführt und von einer kroatisch-bosnischen Offensive in West- und Mittelbosnien begleitet, nachdem bereits Anfang August Kroatien einen Sieg über die Serben in der kroatischen Krajina erzielt hatte. Der Zusammenbruch der serbischen Fronten war die wichtigste Voraussetzung für das Zustandekommen des Friedensabkommens von Dayton am 21.11.1995, bei dem von westlicher Seite sowohl der EU-Vermittler Carl Bildt sowie die Vertreter der internationalen Kontaktgruppe (USA, Frankreich, Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland und Rußland als einziges nichtwestliches Land) anwesend waren.

Sarajevo hatte in der letzten Zeit verstärkt auf die USA gesetzt, was auch die Wahl des US-amerikanischen Staatsbürgers Sačirbey zum Außenminister belegt. Für die EU war andererseits das aktive Eintreten der USA ebenfalls notwendig geworden, um aus der politisch nicht mehr haltbaren Sackgasse herauszukommen. Nach Inkrafttreten des Dayton-Abkommens wird jetzt jedoch Brüssel wieder zum Hauptadressaten der bosnischen Außenpolitik erklärt, wenn es vor allem um die finanzielle Sicherung des Wiederaufbaus geht. Den Finanzbedarf hierfür schätzte der für das ehemalige Jugoslawien zuständige Weltbank-Direktor Kemal Derwis für die Brüsseler Finanzierungskonferenz auf zunächst 5 Mrd. US-\$ für die nächsten zwei Jahre<sup>10</sup>. Am 20.12.1995 wurde Bosnien-Herzegowina das 181. Mitgliedsland des IWF.

#### BUNDESREPUBLIK JUGOSLAWIEN (SERBIEN UND MONTENEGRO)

Seit 1993 (Vance-Owen-Plan) hat Präsident Milošević allen Friedensplänen zugestimmt, in der Hoffnung, die selbstverschuldeten Sanktionen endlich los zu werden, die die Wirtschaft Serbiens und Montenegros in eine Situation gezwungen haben, in der es nur noch ums schiere Überleben geht. Das Ende der Sanktionen und der Beginn einer Wiedereingliederung Serbiens/Montenegros in die internationale Gemeinschaft ist seither das ausschließliche Ziel serbischer Außenpolitik. Deshalb erfolgte keine Unterstützung der Serben, als Kroatien die Krajina und Westslawonien zurückeroberte, und in Dayton willigte Milošević sogar auch in die demnächst zu erfolgende Wiedereingliederung Ostslawoniens in den kroatischen Staat ein. Kürzlich wurde Milošević zum zukunftsorientierten Europäer, als er im September 1995 erklärte, daß territoriale Fragen weder in Zukunft noch heute die wichtigsten Fragen darstellten. Die Grenzen in Europa würden allmählich verschwinden und die Menschen sich mischen<sup>11</sup>. Am 22. November wurde dann auch die Resolution 1022 des UN-Sicherheitsrats verabschiedet, die die Sanktionen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien mit sofortiger Wirkung auf unbestimmte

Zeit aussetzte. Um jedoch wirklich freie Hand für eine neue Westpolitik zu haben, mußten noch personelle Veränderungen erfolgen. Bereits Mitte August war der bisherige Außenminister Jovanović durch einen der engsten Vertrauten von Milošević, Milan Milutinović, ersetzt worden. Die Ende November erfolgte Suspendierung der Sanktionen gab Milošević die Möglichkeit, eine Reihe von führenden Funktionären der regierenden Sozialistischen Partei Serbiens, die den nationalistischen Flügel repräsentierten, aus den politischen Entscheidungsgremien zu entfernen.

## KROATIEN

Das Jahr 1995 kann im ehemaligen Jugoslawien ohne Übertreibung als das Jahr Kroatiens bezeichnet werden. Nach dem siegreichen Vormarsch der kroatischen Truppen in Westslawonien zwischen dem 28. April und dem 2. Mai hatte Bundeskanzler Kohl am 16. Mai Präsident Tudjman bei dessen Arbeitsbesuch in Bonn klarzumachen versucht, daß die Bereitschaft der Europäischen Union zur Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Kroatien von der Haltung des Landes bei der Lösung seiner territorialen Probleme abhängt<sup>12</sup>. Zu diesem Zeitpunkt war jedoch schon deutlich geworden, daß Zagreb nicht mehr mit einer Unterstützung der UNCRO (UN-Confidence Restoration Operation in Croatia, bis 31.3.1995 UNPROFOR, s. Makedonien) bei der Wiederherstellung der kroatischen Souveränität in der Krajina und in Ostslawonien rechnen konnte. Als sich Ende Juli die Krise um Bihać zuspitzte, unternahmen zunächst die vereinigten kroatischen und bosnischen Regierungstruppen einen erfolgreichen Gegenangriff, der nach ergebnislosen Zwischenverhandlungen in Genf Anfang August in die „Operation Sturm“ der kroatischen Truppen in der Krajina mündete.

Der Sieg Kroatiens über die Krajina-Serben und die Wiedereingliederung Westslawoniens wurden in der westlichen Welt mit nur wenigen Ausnahmen eher mit Erleichterung aufgenommen, da dadurch die eigentlich auf dem Papier festgehaltenen Verpflichtungen gegenüber Kroatien (Wiederherstellung dessen Souveränität über die serbisch besetzten Gebiete) nicht mehr erfüllt zu werden brauchten. Andererseits gaben aber die Begleitumstände des kroatischen Feldzugs in der Krajina Anlaß zu weitgehenden Irritationen vor allem bei den Europäern, nachdem UN-Beobachter von schweren Übergriffen der Kroaten gegen Serben berichtet hatten<sup>13</sup>. Kritik mußte Kroatien sich von den Europäern auch bezüglich Wahlmodus und Wahlverlauf der vorgezogenen Parlamentswahlen vom 29. Oktober anhören. Befremden hatte vor allem die Teilnahme der bosnischen Kroaten an den Wahlen verursacht, die als eine Maßnahme gegen die Föderation der Kroaten und Muslime angesehen wurde, sowie die offensichtliche Benachteiligung der Opposition in den staatlichen Medien und die Nichtzulassung von unabhängigen Beobachtern bei der Stimmenausschüttung in den jüngst zurückeroberten Gebieten. Für Kroatiens Außenpolitik ergibt sich dadurch zunächst als Hauptinhalt die dringend erforderliche Imagepflege bezüglich monierter Defizite bei der Umsetzung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Garantie der Menschenrechte, um die Mitgliedschaft im



Europarat und die als Endziel angestrebte Anbindung an die EU möglichst schnell voranzubringen. Dabei spielt Zagreb gleichzeitig auf mehreren Klavieren, indem es die ohnehin offiziell nur verhaltene, in den Medien allerdings etwas deutlicher formulierte, deutsche Kritik an den Krajina-Begleiterscheinungen, an der Mostar-Haltung der kroatischen Regierung und an innenpolitischen Querelen als Argument für die stärkere Hofierung von Frankreich und den USA benützt, dabei aber durchaus weiterhin vor allem die Unterstützung Bonns für eine EU-Assoziation einfordert.

(EHEMALIGE JUGOSLAWISCHE REPUBLIK) MAKEDONIEN

Am 31.3.1995 wurde vom UN-Sicherheitsrat das Mandat für Blauhelmsoperationen in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Makedonien verlängert, die je zur Hälfte aus Amerikanern und Skandinaviern bestehende Truppe von 1.150 Mann in Makedonien wurde in UNPREDEP (UN Preventive Deployment Force) umbenannt. Dies schaffte zwar die weitere Absicherung der jungen Nachfolgerepublik gegenüber möglichen Destabilisierungsgefährdungen aus der neu-jugoslawischen und albanischen Nachbarschaft, das Hauptproblem, die Blockadepolitik Griechenlands, bestand aber weiterhin. Im Frühherbst kam jedoch Bewegung in die Angelegenheit, und am 13. September einigten sich die Außenminister Griechenlands und Makedoniens in New York auf ein Abkommen über die Normalisierung der bilateralen Beziehungen: beide Staaten achten künftig die Souveränität, territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit des anderen und erklärten die gemeinsamen Grenzen für unverrückbar. Skopje verzichtete auf den Gebrauch des 16strahligen „Sterns von Vergina“ in der Staatsflagge, Griechenland andererseits erklärte sich bereit, das Handelsembargo innerhalb 30 Tagen aufzuheben, obwohl noch keine Einigung über den künftigen Namen des Nachbarstaats erzielt wurde. Damit war die die Wirtschaft des Landes so schwer belastende Isolation durchbrochen. Am 9. November wurde Makedonien als 38. Mitgliedsland in den Europarat aufgenommen. Am 15. November trat Makedonien als 27. Staat der NATO-Partnerschaft für den Frieden bei, wobei Ministerpräsident Crvenkovski nach der Vertragsunterzeichnung erklärte, daß dieser Beitritt den Wunsch seines Landes ausdrücke, wieder in das europäische Sicherheitssystem aufgenommen zu werden.

SLOWENIEN

Sloweniens Europapolitik wird seit dem 26.1.1995 durch den neuen Außenminister Zoran Thaler vertreten, nachdem sein Vorgänger Peterle im Streit zwischen Italien und Slowenien über die Istrien-Frage gescheitert war. Thaler nannte als wichtigste Aufgabe in seinem Amt die weitere Annäherung an die europäischen Institutionen, vor allem die EU, sowie die Besserung der Beziehungen zu Kroatien und die Bereinigung des gespannten Verhältnisses zu Italien. Am 15. Juni wurde das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Slowenien paraphiert, die Unterzeichnung soll jedoch erst erfolgen, wenn mit Italien eine Einigung über das

Ende der vierziger Jahre in Jugoslawien verstaatlichte Eigentum geflüchteter italienischstämmiger Mitbürger erfolgt ist. Nachdem aber in Slowenien im Spätherbst 1996 Wahlen stattfinden werden, wollte keine der in der Regierungsverantwortung stehenden slowenischen Parteien riskieren, einseitige Konzessionen bereits im Vorlauf anzubieten, da dies einem politischen Selbstmord gleichkommen würde und dieser Preis für ein Weiterkommen in der EU-Integrationsfrage zu hoch wäre. Slowenien hat jedoch mit der Paraphierung des Assoziierungsabkommens einen festen Fuß in der Tür zur EU, die ihrerseits das Land mit dem höchsten Lebensstandard aller Reformstaaten in Mitteleuropa ohne größere wirtschaftliche Probleme eingliedern könnte. Einen Beweis für seine Integrationswilligkeit und auch -fähigkeit brachte Slowenien durch den am 25. November erfolgten formellen Beitritt zur mitteleuropäischen Freihandelszone (CEFTA), der bereits die vier Visegrád-Staaten Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn angehören.

### Anmerkungen

- 1 Neue Zürcher Zeitung v. 15.5.1995.
- 2 Baron, Almuth: Vorsichtige Annäherung zwischen Griechenland und Albanien, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 6.9.1995.
- 3 Reuters v. 13.10.1995; Gazeta Shqiptare v. 14.10.1995.
- 4 Bulgariens außenpolitischer Balanceakt zwischen Brüssel und Moskau, in: NZZ v. 30./31.3.1996.
- 5 Reuters v. 27.9.1995.
- 6 AFP v. 10.8.1995.
- 7 Archiv der Gegenwart v. 11.9.1995.
- 8 Interfax v. 12.7.1995.
- 9 Ausländische Geldspritzen für Rumänien, in: Nachrichten für Außenhandel v. 11.1.1996.
- 10 NfA (20) v. 19.12.1995.
- 11 Michael Thumann: Die Wandlungen des Slobodan Milošević, in: DIE ZEIT v. 29.12.1995.
- 12 Archiv der Gegenwart v. 30.5.1995.
- 13 Rüb, Matthias: Der Preis der Verschleierung, in: FAZ v. 5.10.1995.

### Weiterführende Literatur

- Pashko, Gramoz: Albaniens politische und ökonomische Transformation: Eine Chance zur Überwindung der Isolation? Münchener Gespräche über Osteuropa, Bd. 5, hrsgg. von Osteuropa-Institut, Stiftung Wissenschaft und Politik, und Südost-Institut München, 1995.
- Roman, Petre: Reform, Politik und Gesellschaft: Rumänien sechs Jahre nach der Revolution. Münchener Gespräche über Osteuropa, Bd. 8, 1996.
- Rupel, Dimitrij: Sloweniens Sondersituation zwischen EU und Jugoslawienkrieg. Münchener Gespräche über Osteuropa, Bd. 7, 1995.
- Südosteuropa Mitteilungen, Vierteljahresschrift der Südosteuropa-Gesellschaft München, 1-4 (1995).
- Südosteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsforschung. Hrsgg. vom Südost-Institut München, 1-12 (1995).
- Transition, Events and Issues in the Former Soviet Union and East-Central and Southeastern Europe. Hrsgg. von OMRI, Prag, 1-24 (1995).
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union. Gütersloh 1995.
- WIIW: Countries in Transition 1995 – Handbook of Statistics. Hrsgg. vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Wien 1995.